

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Zukunft unseres Landes liegt in den Händen der Kinder. Eigentlich ist das eine Binsenweisheit. Aber ein Blick auf die drei Kennzahlen Todesfälle, Geburten und Rentenbezieher zeigt, dass wir in Deutschland dies nicht berücksichtigen, sondern eine immer mehr vergreisende Gesellschaft werden.

So starben im Jahr 2015 in Deutschland 925.000 Menschen, aber gleichzeitig wurden nur 738.000 Kinder geboren. Gleichzeitig wurde 2015 an 1,46 Mio. Personen erstmalig eine Rente ausgezahlt bei insgesamt 25,52 Mio. Rentenempfängern. Jeder Rentner hat für seine verdiente Rente lange und hart gearbeitet und dafür Beiträge gezahlt. Aber immer mehr Rentnerinnen und Rentner und immer weniger Kinder, das funktioniert nicht!

Was Deutschland daher braucht ist eine Offensive, damit wieder mehr Kinder in unserem Land geboren werden. Familien- und Kinderfreundlichkeit müssen durchgesetzte Wirklichkeit werden. Wer ein Deutschland des nachhaltigen Wohlstands für die jüngere Generation schaffen will, braucht Menschen, die sich die Realisierung ihres Kinderwunsches zutrauen. Dazu braucht es in Ballungsräumen wie München bezahlbare Familienwohnungen genauso wie Kinderbetreuung und finanzielle Unterstützung. Und es gehört aber auch dazu, dass wir alle kinder- und familienfreundlicher werden.



Johannes Singhammer MdB



Generaldebatte

Ein Haushalt der Sicherheit,
Solidarität und Stabilität > S. 2



Vorstandsklausur der CDU/CSU-Fraktion

Mehr Polizei, stärkere Bundeswehr,
solider Haushalt > S. 5



Tag der Ein- und Ausblicke

Erkundungstour durch den
Bundestag > S. 7

Weitere Themen

Haushaltsentwurf 2017
Solide Haushaltspolitik mit
Investitionen in die Zukunft > S. 4

In eigener Sache
Neues Layout > S. 11

Termine der Woche
Bundesteilhabegesetz; Besuch
in der Schweizer Botschaft > S. 11

Generaldebatte

Ein Haushalt der Sicherheit, Solidarität und Stabilität



Foto: picture alliance/dpa

Es ist wichtig, die soziale Balance in unserem Land zu halten. Das sagte Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, deutlich in der Generaldebatte während der Haushaltsberatungen im Bundestag. Neben der guten wirtschaftlichen Lage müssten auch die Sorgen und Ängste der Bürger ernst genommen werden.

Deutschland geht es gut: Noch nie hatten so viele Menschen in Deutschland Arbeit, die Zahl der Arbeitslosen ist auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Die Wirtschaft wächst, die Einkommen steigen, die Renten ebenso. „All das ist nicht nur gefühlt so, das ist Realität“, unterstrich Gerda Hasselfeldt in ihrer Rede in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2017. Sie verwies darauf, dass die Bundesregierung während der gesamten Legislaturperiode keine neuen Schulden gemacht hat – und dies auch so bleiben soll. Hasselfeldt betonte, dass die schwarze Null jedoch kein Selbstzweck sei, sondern Verantwortung gegenüber den Kindern und Enkelkindern bedeute.

Keine einfachen Antworten auf komplexe Herausforderungen

Trotz dieser guten wirtschaftlichen Entwicklung erlebe man andererseits ganz unterschiedliche Sorgen und Ängste der Menschen. Sorgen und Ängste, die sich beispielsweise auf die Globalisierung beziehen würden, aber auch auf Veränderungen in der Arbeitswelt oder die sich aus den Kriegen in vielen Teilen der Welt und aus Krisen ergeben, stellte Hasselfeldt fest. Meistens erwarteten die Menschen darauf schnelle Antworten. Hasselfeldt unterstrich jedoch, dass es Aufgabe der Politiker sei, deutlich zu machen, dass es auf solch komplexe Herausforderungen keine einfachen und schnellen Antworten geben könne. „Aber wir müssen um die richtige Antwort ringen. Das tun wir auch“, so Hasselfeldt weiter.

[> weiterlesen](#)

Eine der größten Herausforderungen in diesen Jahren sind die Flüchtlingsströme. Vieles habe man dabei gemeinsam auf den Weg gebracht: Die Zahl der Schutzsuchenden ist deutlich zurückgegangen, die Zahl der freiwilligen und der staatlichen Rückführungen ist gestiegen, Fehlanreize wurden reduziert, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde deutlich besser ausgestattet, eine vollständige Registrierung der Ankommenden wurde eingeführt.

Dreiklang aus Humanität, Begrenzung und Integration

Zudem hat der Deutsche Bundestag ein Integrationsgesetz verabschiedet, welches neben dem Fördern ganz klar das Fordern als Prinzip hat. „Ich glaube, im vergangenen Jahr ist uns allen deutlich geworden, dass die Aufnahmekraft und die Integrationskraft unseres Landes Grenzen haben“, so Hasselfeldt. Sie ergänzte: „Für uns in der CSU war von Anfang an klar und ist auch heute noch klar, dass der Dreiklang aus erstens Humanität, zweitens Begrenzung und drittens Integration gleichwertig gilt.“

„Dieser Haushalt ist geprägt von der Verlässlichkeit über die ganze Legislaturperiode hinweg.“

Gerda Hasselfeldt

Neben der Bewältigung der Flüchtlingskrise und der wirtschaftlichen Entwicklung gehe es aber auch um die Frage, wie wir die Sicherheit unserer Bürger gewährleisten, sagte Hasselfeldt. Die Terrorgefahr sei weiter akut. Bereits in den vergangenen Jahren habe man das Personal der Bundessicherheitsbehörden immer wieder erhöht. Im aktuellen Haushalt sind dafür nochmals zusätzliche Mittel eingeplant. Hasselfeldt betonte jedoch, dass nicht nur die Personalausstattung im Blickfeld der Sicherheitspolitik stehe, sondern auch eine bessere

Vernetzung der Behörden von Bund und Ländern und im europäischen Bereich sowie eine mögliche Nachbesserung bei der Vorratsdatenspeicherung.

Neben all diesen Fragen sei es wichtig, die soziale Balance in unserem Land zu halten, unterstrich Hasselfeldt. Auch dazu habe man in dieser Legislaturperiode wichtige und richtige Entscheidungen getroffen – sei es bei der Pflege, Altersvorsorge, Integration und bei Menschen mit Behinderungen.

Hasselfeldt betonte zum Schluss: „Dieser Haushalt ist von Stabilität und Sicherheit geprägt, von Solidität und Solidarität. Dieser Haushalt ist geprägt von der Verlässlichkeit über die ganze Legislaturperiode hinweg.“

Haushaltsentwurf 2017

Solide Haushaltspolitik mit Investitionen in die Zukunft



Foto: picture alliance/chromorange

Bereits zum dritten Mal in Folge legt die große Koalition einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vor. Mit dem Bundeshaushalt 2017, der in dieser Woche im Bundestag in erster Lesung beraten wurde, gelingt der unionsgeführten Bundesregierung eine historische Leistung - nämlich die gesamte Wahlperiode ohne Neuverschuldung zu gestalten. Gleichzeitig wächst der Haushalt mit einem geplanten Gesamtvolumen von 328,7 Milliarden Euro deutlich an.

„Mit dem Haushaltsentwurf für das kommende Jahr setzt die Bundesregierung auf eine ausgewogene expansive Ausgabenpolitik und hält dabei weiter ihr Versprechen, keine neuen Schulden mehr zu machen“, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb. So werden die Investitionen in Wohnungsbau, Verkehr, Digitales und Bildung erhöht und gleichzeitig die zahlreichen sozialpolitischen Leistungen finanziert, die in dieser Wahlperiode verbessert wurden. Auch die Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit sollen deutlich aufgestockt werden. In Bildung und Forschung wird im nächsten Jahr 1,2 Milliarden Euro mehr investiert – im Vergleich zum Jahr 2005, in dem die Union wieder die Regierungsverantwortung übernahm, ist der Etat damit mehr als verdoppelt worden. Zudem werden die Länder und Kommunen in einem Maße gestärkt, wie es noch nie der Fall war, mit Entlastungen in diesem Jahr in Höhe von 22 Milliarden Euro und im Zeitraum 2014 bis 2020 in Höhe von rund 170 Milliarden Euro. „Das zeigt deutlich, dass wir die Spielräume, die uns die gute Einnahmesituation und die niedrigen Zinsausgaben bescheren, voll ausnutzen“, so Kalb.

Dazu gehöre auch die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Kalb sprach sich deshalb in seiner Rede für eine Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode aus. Dies bestätigte auch die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt in der Generaldebatte. Sie bezeichnete den vorliegenden Haushaltsentwurf zudem als „eine ausgezeichnete Grundlage für die Herausforderungen, die wir aktuell zu bewältigen haben“.

Insgesamt sieht der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 33 Milliarden Euro an Investitionen vor. Neben Bildung und Forschung sowie Sicherheit wird besonders in den Breitbandausbau und die Verkehrsinfrastruktur investiert. So verzeichnet der Haushalt von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) ein Ausgabenplus von über neun Prozent auf 26,8 Milliarden Euro. Er ist damit einer der am stärksten wachsenden Etats im Bundeshaushalt 2017. Für das von Christian Schmidt (CSU) geführte Bundeslandwirtschaftsministerium sieht der Regierungsentwurf ein Plus von 5,4 Prozent auf rund 5,9 Milliarden Euro vor. Auch Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) darf sich über einen deutlichen Aufwuchs für sein Haus freuen. Die Ausgaben sollen 2017 wieder ein Rekordniveau erreichen und rund acht Milliarden Euro betragen.

Vorstandsklausur der CDU/CSU-Fraktion

Mehr Polizei, stärkere Bundeswehr, solider Haushalt



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zum Ende der Sommerpause wurden die Weichen für die letzten zwölf Monate vor der Bundestagswahl gestellt. Bei der Fraktionsvorstandsklausur Anfang September einigten sich CDU und CSU auf ein Zwölf-Punkte-Programm zur Inneren Sicherheit und auf eine Stärkung der Bundeswehr. Außerdem positionierte man sich eindeutig gegen Kinderehen.

Von der Klausurtagung ging eine wichtige Botschaft aus: Die unionsgeführte Bundesregierung hat den Haushalt in Ordnung gebracht und das wird so bleiben. „Wir haben eine solide Haushaltspolitik betrieben, und den Versuchungen – auch des Koalitionspartners – widerstanden, in die Verschuldung zu gehen“, bilanzierte Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, ein Jahr vor der Bundestagswahl.

Innere Sicherheit im Fokus

Deutschland steht wirtschaftlich hervorragend da. Auf dieser Basis können in der nächsten Legislaturperiode die Bürger nicht nur steuerlich entlastet werden, sie bildet die Grundlage für zusätzliche Investitionen, etwa in die Innere Sicherheit. Auf der Fraktionsvorstandsklausur einigte man sich dazu auf ein Zwölf-Punkte-Programm. Darin geht es unter anderem um eine deutlich bessere Ausstattung von Polizei und Sicherheitsbehörden, den wirksamen Schutz der Binnengrenze und ein schärferes Ausweisungsrecht. Auch der Einsatz von Bundeswehrkräften bei der Terrorbekämpfung ist Thema des Programms. Außerdem soll es mehr Personal für die Polizei in Bund und Ländern geben - insgesamt sollen 15.000 zusätzliche Stellen bis 2020 entstehen. Allein die Bundespolizei werde mit 7000 Polizisten von 2016 bis 2020 verstärkt.

Soziale Netzwerke in der Pflicht

„Kriminalität wird internationaler, Kriminalität wird digitaler“, sagte der als Experte eingeladene BKA-Chef Münch am Rande des Treffens. Bei der Bekämpfung krimineller Aktivitäten oder terroristischer Propaganda sieht die Union deshalb auch die Betreiber von sozialen Netzwerken, Plattformen und Internetseiten in der Pflicht. Sie sollen selbständig und erst recht nach Aufforderung gewaltverherrlichende Inhalte und islamistische Propaganda umgehend aus dem Netz entfernen. Außerdem will man die Betreiber der entsprechenden Netzwerke zur Herausgabe von Benutzerdaten verpflichten.

[> weiterlesen](#)

Maßnahmenkatalog gegen Einbruchskriminalität

Weiter wird die Union auch gegen die steigende Wohnungseinbruchskriminalität vorgehen und entsprechende Straftaten härter ahnden. Hier sollen Gesetzesverschärfungen greifen. Laut dem Fünf-Punkte-Katalog zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstahl, den die Fraktion verabschiedet hat, soll Einbruch jetzt - gleichgestellt mit Raub - als Verbrechen eingestuft werden. Außerdem soll ab 2017 die Mindestinvestitionsschwelle beim KfW-Programm von jetzt 2.000 Euro auf 500 Euro gesenkt werden. Auf Initiative der Unionsfraktion wurde dieses KfW-Programm zur Förderung von Umbaumaßnahmen aufgelegt. So können sich Eigentümer und Mieter besser schützen.

Erhöhung des Verteidigungshaushaltes

Mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg diskutierte der Fraktionsvorstand die internationalen Herausforderungen und Krisen der Welt. Ganze Regionen sind von Kriegen und Konflikten zerrüttet. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen sind bis nach Deutschland und Europa zu spüren – nicht zuletzt durch die Flüchtlingsbewegung. Die Unionsfraktion hat deshalb jetzt ein Papier beschlossen, in dem sie ein Bekenntnis zu einer starken Bundeswehr in einer starken NATO ablegt. Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen führen zu einer Rückbesinnung auf den Wert stabiler Bündnisse wie der EU und der NATO. Deutschland könne „Sicherheit nur gemeinsam mit unseren internationalen Partnern erreichen“, heißt es in dem Papier. Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Fraktion für eine signifikante Erhöhung des Verteidigungshaushaltes ein.



Gerda Hasselfeldt und der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen sind bis nach Deutschland und Europa zu spüren – nicht zuletzt durch die Flüchtlingsbewegung. Die Unionsfraktion hat deshalb jetzt ein Papier beschlossen, in dem sie ein Bekenntnis zu einer starken Bundeswehr in einer starken NATO ablegt. Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen führen zu einer Rückbesinnung auf den Wert stabiler Bündnisse wie der EU und der NATO. Deutschland könne „Sicherheit nur gemeinsam mit unseren internationalen Partnern erreichen“, heißt es in dem Papier. Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Fraktion für eine signifikante Erhöhung des Verteidigungshaushaltes ein.

Verbot von Kinderehen

Neben diesen außen- und innenpolitischen Schwerpunkten beschäftigte sich die Fraktion auf ihrer Klausurtagung aber auch mit einem Plan zur Digitalisierung der Bildung und dem Thema Kinderehen. Der Staat und die Rechtsordnung müssen über das bereits existierende strafrechtliche Verbot der Zwangsverheiratung hinaus eine Antwort auf die Frage geben, wie mit ausländischen Kinderehen in Deutschland dauerhaft umzugehen ist. Diese rechtliche Regelung soll nach Willen der Unionsfraktion an folgenden Eckpunkten ausgerichtet werden: So sollen unter anderem Auslandskinderehen auf Antrag der Minderjährigen oder der zuständigen Behörde aufgehoben, an den gewöhnlichen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Eheschließung angeknüpft und die Altersgrenze auf generell 18 Jahre im deutschen Recht angehoben werden können.

Nach zweitägiger Beratung zeigte sich Gerda Hasselfeldt zufrieden: Vieles von dem, was in den Papieren beschlossen wurde, habe die CSU-Landesgruppe auch schon auf ihren Klausurtagungen in Kreuth gefordert. Mehr Informationen zu den Papieren finden Sie [hier](#).

Tag der Ein- und Ausblicke

Erkundungstour durch den Bundestag



Foto: CSU-Landesgruppe

Brezn, Bayern, Bundestag. Am vergangenen Sonntag öffnete das Parlament seine Türen – und viele waren gekommen, um sich über die Arbeit der CSU-Landesgruppe zu informieren.

Am Sonntag lud der Deutsche Bundestag zum Tag der offenen Tür ein. Besucherinnen und Besucher konnten Parlamentsarbeit hautnah erleben und sich über die Arbeitsweise des Parlaments, den Arbeitsalltag der Abgeordneten und der Bundestagsverwaltung informieren. Alles ließ sich besichtigen – vom Plenarsaal oder den Fraktionssitzungsräumen im Reichstagsgebäude bis hin zur Parlamentsbibliothek im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Selbst Räume, die für die Öffentlichkeit sonst nicht zugänglich sind, wurden am Sonntag für das Publikum geöffnet.

Die CSU-Landesgruppe stellte sich gemeinsam mit den anderen Fraktionen auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes vor – natürlich wieder traditionsecht mit Brezn, Dirndl und Lederhosen. Die Kinder konnten malen oder am Kinderquiz teilnehmen – für die Erwachsenen standen die Bundestagsabgeordneten wie beispielsweise der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, als Gesprächspartner Rede und Antwort.

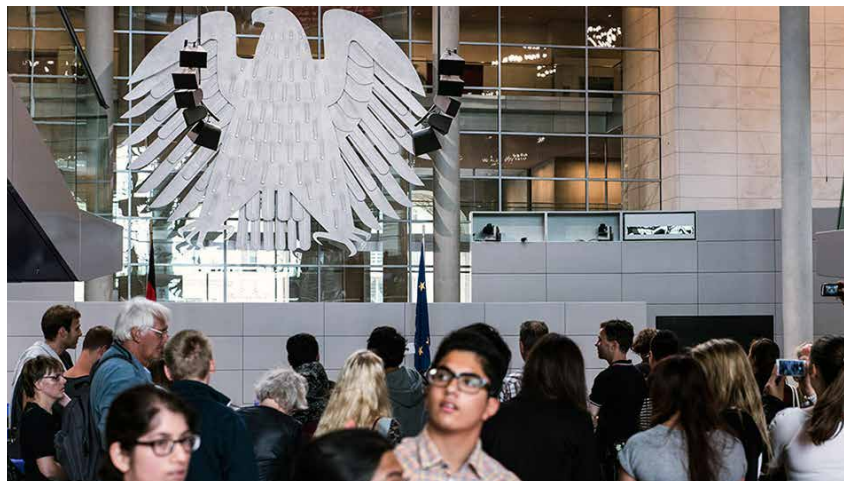


Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Um 11 Uhr begrüßte Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) die Besucherinnen und Besucher auf der Treppe am Westeingang des Reichstagsgebäudes. Unterschiedlichste Führungen sowie ein unterhaltsames Bühnenprogramm, Musikcafés und Kinderaktionen rundeten das Programm ab.



Foto: picture alliance/Bildagentur online

Termine der Woche



Foto: CSU-Landesgruppe

Die bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm diskutierte mit der Vorsitzenden Gerda Hasselfeldt und dem gesundheitspolitischen Sprecher der CSU-Landesgruppe, Stephan Stracke, über das geplante Bundesteilhabegesetz. Mit dabei waren auch Astrid Freudenstein (CSU) sowie Jürgen Auer und Hildegard Metzger vom Lebenshilfe Landesverband Bayern.



Foto: CSU-Landesgruppe

Die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe trafen sich am Donnerstag mit der schweizerischen Botschafterin, Christine Schraner Burgener. Themen waren die Flüchtlingspolitik und das Asylsystem der Schweiz sowie die schweizerischen Erfahrungen mit direkter Demokratie und dem Islam.



In eigener Sache Neues Layout



Es ist soweit: Nachdem die CSU-Landesgruppe noch vor der Sommerpause mit einer neuen Webseite und dem Twitter-Kanal online gegangen ist, wurde nun auch der „Brief aus Berlin“ überarbeitet.

In einem frischen und modernen Design erscheint der „Brief aus Berlin“ auch weiterhin jeden Freitag in Sitzungswochen. Zusätzlich bieten wir ab sofort aber auch eine Online-

Version an. Diese können Sie hier abonnieren.

Bei Fragen, Lob und Kritik schreiben Sie uns gern eine E-Mail an bab@cducsu.de.

Impressum

Herausgeber:

Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
e-mail: bab@cducsu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: Henning Schacht

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

